

Betriebliche Ausbildung stärken - umlagefinanzierter Landesausbildungsfonds für Hamburg



Stand: Oktober 2023

1 Forderung:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, in Abstimmung mit dem Koalitionspartner

1. eine Expert*innenkommission zur Einführung eines umlagefinanzierten Landesausbildungsfonds einzusetzen, die
 - a. den Ausbildungsmarkt in Hamburg mit Blick auf Versorgungs- und Besetzungsprobleme
 - b. Maßnahmen und Erfahrungen der bisherigen Berufsbildungspolitik in Hamburg
 - c. Forschungsstände zu umlagefinanzierten Ausbildungsfonds
 - d. Beispiele zur umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie unter Berücksichtigung der unter der als Ausbildungsgarantie bezeichneten, durch den Bundestag beschlossenen Gesetzesänderungen im Weiterbildungsgesetzunter Beteiligung der Gewerkschaften untersucht und einen Abschlussbericht vorlegt.

Die SPD Hamburg wird aufgefordert,

2. in einer Projektgruppe gemeinsam mit Vertreter*innen der Bürgerschaftsfraktion, den Jusos Hamburg und der AfA Hamburg, in Abstimmung mit den Gewerkschaften bis zum Landesparteitag, auf dem das Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl 2025 beschlossen wird, ein Konzept für eine Umlagefinanzierung zur Stärkung der betrieblichen Ausbildung auszuarbeiten, das sich am Bremer Modell orientiert und dabei bereits gewonnene Erfahrungen sowie Hamburg-spezifische Faktoren, sowie den Vorschlag der Expert*innenkommission einfließen lässt.
3. ein Umlagesystem, entsprechend den Ergebnissen zur Stärkung der betrieblichen Ausbildung, genannt "Landesausbildungsfonds" in das Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2025 aufzunehmen und es zu einem zentralen Thema des Jugendwahlprogramms zu machen.

Begründung:

Wir Sozialdemokrat*innen sind nicht nur historisch eng mit der Arbeiter*innenbewegung verbunden. Auch heute sind wir die Stimme von Auszubildenden in der Landes- und der Bundesregierung. Die Einführung der Mindestausbildungsvergütung im Bund oder die Einführung des hvv BonusTickets sind nur zwei Beispiele. Als Sozialdemokrat*innen sind wir uns der Bedeutung von dualer Berufsausbildung nicht erst bewusst, seitdem Industrie und Handwerk nach Fachkräften rufen. Wir sind es, die an der Seite junger Fachkräfte stehen und an der Seite derer, die es noch werden wollen. Doch gibt es leider noch immer zu viele, denen diese Möglichkeit verwehrt bleibt. Trotz des Fachkräftemangels sind im letzten Jahr rund 230.000 Jugendliche im Übergangsbereich ohne Aussicht auf einen voll qualifizierenden Berufsabschluss hängengeblieben. Nur etwa zwei Drittel aller ausbildungsinteressierten Jugendlichen schaffen auch den Sprung in die Ausbildung. Zudem haben in Deutschland mehr als 2,3 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und

Betriebliche Ausbildung stärken - umlagefinanzierter Landesausbildungsfonds für Hamburg



Stand: Oktober 2023

47 34 Jahren keinen Berufsabschluss – die Tendenz ist seit Jahren steigend. Nicht einmal
48 mehr 20 Prozent der hiesigen Unternehmen bilden aus. Prekäre Beschäftigung und
49 Arbeitslosigkeit sind für junge Menschen oft die Folge. Darüber hinaus benötigen
50 Arbeitgeber*innen vom Industrieunternehmen bis zum Handwerksbetrieb um die Ecke
51 dringend Fachkräfte, aber auch im Gesundheitssektor und vielen sozialen Einrichtungen
52 sind Nachwuchskräfte rar und die Auswirkungen dessen schwer einschätzbar. Schon jetzt
53 kostet der akute Fachkräftemangel die Bundesrepublik laut Schätzungen jährlich 78
54 Milliarden Euro verlorener Wirtschaftsleistung. Es ist begrüßenswert, dass die
55 Ampelkoalition eine Ausbildungsgarantie in das Weiterbildungsgesetz aufgenommen hat.
56 Wir haben nun schon einen gesetzlichen Anspruch auf einen außerbetrieblichen
57 Ausbildungsplatz in Regionen, in denen das Problem am größten ist und auch die
58 Jugendberufsagenturen werden gestärkt. Während der Koalitionsvertrag noch tariflich
59 vereinbarte Ausgleichsfonds begrüßte, fehlt die Stärkung der betrieblichen Ausbildung
60 komplett. Am Ende muss klar sein: Nur eine Umlagefinanzierung schafft wirksame
61 Anreize, damit mehr Unternehmen mehr Ausbildungsplätze bereitstellen und diese auch
62 mit ausbildungsinteressierten Bewerber*innen besetzen. Bereits im Juni 2023 hat die SPD
63 Hamburg mit dem Beschluss 2023/1/Bil/4 Ausbildungsgarantie – aber richtig! die
64 Forderung einer Umlagefinanzierung auf Bundesebene gestützt. Da wir uns dort nicht
65 durchsetzen konnten, müssen wir jetzt auf Landesebene aktiv werden.
66